



*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,*

die Berliner Woche startete mit meiner ganz persönlichen Klausurtagung, bei der einmal jährlich die Mitarbeiter des Berliner und des Mainzer Büros mit mir gemeinsam über anstehende Projekte sprechen, Termine organisieren und Ideen austauschen. Wir alle erleben die Büroklatur als äußerst angenehmen und hilfreichen Austausch.

Am Dienstagabend hatte ich ein hoch interessantes Treffen mit Mitgliedern des „Nordischen Rates“. Darin beraten elf nordeuropäische Staaten gemeinsame Positionen und Vorhaben. Ich empfinde es als große Bereicherung, aktuelle Herausforderungen auch mit Kollegen aus anderen Ländern zu besprechen. Oft verändern die unterschiedlichen Blickwinkel in diesen Gesprächen auch die eigene Sichtweise. Gerade die nordischen Länder waren uns immer ein Vorbild an Freizügigkeit und Toleranz, aber auch hier erleben wir, dass die offenen Grenzen nicht mehr einfach zu leben sind. Das Thema Flüchtlinge und die Zukunft der Europäischen Union vor dem Hintergrund eines möglichen „Brexit“ standen auch auf der Agenda des EU-Ausschusses. Bundesfinanzminister Schäuble skizzierte seine Ideen einer Weiterentwicklung der EU. Wir müssen wieder klare Zuständigkeiten zwischen den EU-Institutionen schaffen. Nur wenn Entscheidungen für jedermann nachvollziehbar sind, können politische Maßnahmen auch akzeptiert werden.

Auch wenn Asylpolitik derzeit das alles bestimmende Thema ist, befassten wir uns im EU-Ausschuss auch mit Fragen der Wirtschaftspolitik. Mit dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank diskutierte ich über die Wirkung der Investitionsoffensive von Jean-Claude Juncker. Das Projekt ist sehr gut angelaufen und hat bis Ende Januar 2016 bereits rund 50 Milliarden Euro zusätzlicher

Investitionen in der EU ausgelöst. Erfreulicherweise konnten in Deutschland besonders Mittelständler vom Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) profitieren.

In dieser Woche haben wir zwei wichtige Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise beschlossen: Das ‚Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren‘ („Asylpaket II“) betrifft vor allem Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten und solche, die ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen. Die wichtigsten Punkte des Asylpakets II finden Sie [hier](#) zusammengefasst. Außerdem haben wir mit dem ‚Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern‘ Konsequenzen aus den Ereignissen der Kölner Silvesternacht gezogen: Zum einen können diese künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern.

Zum Schluss der Bundestagswoche durfte ich zum Bericht der Bundesregierung zum so genannten [CEDAW reden](#). Dabei geht es darum, die Diskriminierung von Frauen nachhaltig und auf allen Gebieten zu bekämpfen. Ein Thema, das nicht neu ist, aber aktueller denn je – und das wir gerade mit Blick auf Flüchtlingsfrauen und auf die Migrantinnen der zweiten und dritten Generation nicht aus den Augen verlieren dürfen!

Morgen finden Sie mich bei der Gedenkveranstaltung zum 71. Jahrestag des Bombardements von Mainz am Mahnmahl St. Christoph. Zum Friedensgebet um 10 Uhr im Kapellenraum von St. Christoph sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen!

*Ihre Ursula Groden-Kranich*